

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftschafter

Bezugspreis monatl. drei Hefte 2,50 RM. (halbmonatl. 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Gemüsemarkt: 17259 / Postgeschäft: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schnellpost: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Gemüsemarkt Dresden Nr. 17259 / Drahtschrift: Arbeiterschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Abonnementpreis: Die neunmal gespaltene Monopartiezeile oder deren Raum 0,35 RM., mit Sammlungsangeboten 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreipäpstigen Teil einer Zeitschrift 1,20 RM. Abonnement-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 12. Juni 1929

Nummer 134

Berlins Betriebe begrüßen den Parteitag

Der 12. Parteitag geschlossen für die Linie der Komintern und der Partei
Politische Diskussion zum Referat Thälmanns im Zeichen positiver Selbstkritik / Abrechnung mit den Versöhnlern

Berlin, 12. Juni (Eigener Drahtbericht.)

Der dritte Tag des 12. Parteitages brachte das besondere Gepräge dieses Parteitages in zweifacher Beziehung zum Ausdruck: Durch die Diskussionsrede zum politischen Referat des Genossen Thälmann über die politische Lage und die Aufgaben der Partei nicht minder als auch durch die Begrüßungsreden, die eine ganze Reihe von Delegationen aus den Berliner Großbetrieben an den Parteitag richteten. Die Sympathien des Berliner Proletariats, ihre Verbundenheit mit der Partei der proletarischen Revolution haben in diesen Ansprachen der Delegationen einen unvergleichlichen Ausdruck. Die einfachen Worte der Betriebsdelegationen, zum großen Teil parteilose Arbeiter und Arbeitnehmerinnen, boten gleichzeitig ein erschütterndes Bild der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung und des reformistischen Verross in den Betrieben. Der Parteitag im Hotel Wedding wurde eine Tribüne der Ausgebeuteten, von der die Vertreter des Berliner Proletariats nicht nur brüderliche Kämpfergrüße an die KPD richteten, sondern auch Anklagen gegen das gesamte Ausbeuterystem und den Klassenvertrag erhoben.

Der Verhandlungstag wurde durch die politische Diskussion ausgefüllt. Ihr Inhalt: Die Probleme unserer Massenarbeit haben eine Verschärfung der Klassenkämpfe und ihrer Entwicklung bis zu der höchsten Zuspitzung in den Massenkämpfen, Kampf gegen alle Schwankungen und Abweichungen von der Linie des 6. Weltkongresses, der Linie der Komintern und der Partei. Im stärksten Gegensatz zum Magdeburger Parteitag waren hier zum größten Teil Arbeiter und Arbeitnehmerinnen aus den Betrieben und Werkstätten. Hier sprachen Klassenkämpfer. Hier wird nicht von „Klassenkammerstimmung“ gesprochen, wie auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. Mit mächtigem Ernst wird die Taktik der Partei in ihrer konkreten Anwendung geprüft und nach positiver Selbstkritik an den vorhandenen Schwächen in ihrer Gesamtheit entschieden bejaht. Mit der größten Stärke brandmarkten die Delegierten der Bezirke das kontrarevolutionäre Treiben der rechten Renegaten. Mit der größten Stärke wandten sie sich auch gegen die Angriffe der Verhöhner auf die Parteilinie. Hier ringen revolutionäre Arbeiter um die Herausarbeitung der Kampfmethode, die zum Sieg führen werden. Von diesem Befreiungskampf Geist ist die Diskussion getragen, die gegenüber dem Essener Parteitag einen großen Fortschritt der politischen Entwicklung der Gesamtpartei offenbart.

Den Tag normittag hielt der Genosse Overlach das Referat über die Arbeit der Partei unter den Frauen. Der Parteitag führte Genosse Overlach aus, welche eine entscheidende Wendung in der Arbeit unter den Frauen vollziehen, indem er die Gewinnung und Mobilisierung der Arbeitnehmerinnen zur praktischen Aktion der Partei macht. Die Arbeit unter den Frauen gewinnt eine ungeheure Bedeutung im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Die Frau wird Soldat im Kriege. Eingehend zeigte Genosse Overlach die Kleinbürgerlich-reaktionäre Einstellung des Magdeburger Parteitages der SPD zum Kampf der werktätigen Frauen auf. Die Arbeitnehmerinnen wenden sich zunehmend mehr der KPD zu. In den leichten trocknen Wirtschaftskämpfen konnten Tausende von Arbeiterninnen dank der Arbeit der Partei in die aktive Kampffront eingegliedert werden. Ihre Vertreter arbeiteten in den Kampfsitzungen. Der Parteitag ruft den ausgedeuteten, gefleckten Arbeiterninnen und werktätigen Frauen zu:

„Dürdet nicht länger schwägen, dukt euch nicht länger unter die Sklaverei des Kapitals. Ihr mügt kämpfen. Nur im revolutionären Kampf unter der Führung der KP werdet ihr euch bezeugen. Her zu uns. Kämpft unter den roten Fahnen Venins!“

Das Referat der Genossen Overlach wurde mit starker Beifall aufgenommen.

Zum Schluss der Sitzung verlas Genosse Heckert anlässlich der Berliner Unwohnheit des ägyptischen Schattenkönigs Fuad eine Solidaritätskundgebung des 12. Parteitages an die Arbeiter und Bauern Ägyptens. Der 12. Parteitag erhob schärfsten Protest gegen die blutige Unterdrückung der Werkstattarbeiter Ägyptens durch den englischen Imperialismus. Die Würdenträger der Hindenburg-Republik, die sozialdemokratischen und bürgerlichen Minister um Hindenburg, die Lakaien des englischen Imperialismus sind nicht berufen, die Gräfe des deutschen Proletariats zu überbringen. Mit lebhaftem Beifall wurden die Grüße der Zeitungsgefangenen von Golnow an den Parteitag aufgenommen.

In der Nachmittagsitzung sprach im Namen der Verhöhlnergruppe Ewert, Berlin, der auf die Intervention des Präsidiums und des Genossen Thälmann eine halbe Stunde Redezeit erhielt. Aus den Ausführungen des Genossen Ewert ging hervor, daß die Verhöhlnergruppe ihre falschen Ausschaffungen in der Frage der kapitalistischen Stabilisierung, der Reparationsfrage und in allen weiteren Themen

söhler einen von der Linie der Partei abweichenden Standpunkt eingenommen, aufrechtihält. Während in der Frage der sozialistischen Diktaturmethoden Genosse Ewert erklären mußte, daß die früheren Formulierungen der Verhöhlnergruppe nicht aufrecht erhalten werden können, mich er einer offenen und klaren Beantwortung der Frage des Sozialsozialismus sowie den Fragen der inneren Parteidisziplin, der Fraktionsbildung usw. mit zweideutigen Redensarten aus. Nach Schluß seiner Diskussionsrede schickte Genosse Ewert im Namen der Verhöhlnergruppe dem Präsidium ein „Memorandum“, mit dem sich der Parteitag noch zu beschäftigen haben wird.

In der Diskussion wiesen die Genossen Winterlich, Münningsberg und in längeren Ausführungen Genosse Remmelt überzeugend nach, daß der Genosse Ewert von der Durchführung der Beschlüsse sprach, in Wirklichkeit aber eine Rode gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses gehalten hat. Genosse Münningsberg ging in seiner Diskussionsrede auch auf die Moskauherrschaft der vereinigten Front der Bourgeoisie, der SPD und der Renegaten des Kommunismus ein. „Wir sind“, erklärte Genosse Münningsberg unter klärricher Zustimmung des Parteitages, „eins mit Moskau, eins mit der Sowjetunion, eins mit der KP unter der Führung des Genossen Stalin!“

An die kämpfenden Textil- und Tabakarbeiter

Der Parteitag begrüßte die zurzeit kämpfenden Textilarbeiter und Tabakarbeiter.

An die Textilarbeiter Schlesiens

Der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei begrüßt die kämpfenden Textilarbeiter Schlesiens. Die schlesischen Textilarbeiter müssen sich klar sein, daß sie nur durch einen zähen gekämpften Kampf gegen die Textilschärmacher und die ihnen willkürlichen Schlichtungsinstanzen ihre bedeidenen Forderungen durchsetzen können.

Siehe wachsam gegen alle Anschläge der Reaktionen, die durch ihre Kooperation mit den Kapitalisten auch Verbündete eurer Ausbeuter sind. Wählt eure Kampfleitungen aus eurer Mitte, aus den vertrauenswürdigsten und tapfersten Kollegen. Steht zusammen in einheitlicher Front. Nur der zielbewußte Klassenkampf kann euch den Sieg bringen.

12. Parteitag der KPD, Berlin.

*
An die kämpfenden Bombay Textilarbeiter

Der 12. Parteitag der KPD entschließt dem Leid vielen Menschen im Streik stehenden Textilarbeiter von Bombay brüderliche revolutionäre Kampfesgrüße.

Euer Kampf — ein Teil des heroischen Freiheitskampfes des werktätigen Indien — ist doppelt schwer, da ihr nicht nur gegen die Lohnslaverei eurer eigenen Ausbeuter, sondern zusätzlich gegen den räuberischen britischen Imperialismus kämpfen müßt. Der Freiheitskampf der unterdrückten Völker ist eng verbunden mit dem revolutionären Klassenkampf des europäischen, des deutschen Proletariats. Der gewaltige Kampf der Textilarbeiter

arbeiter vom Bombay findet leidenschaftliche Anteilnahme bei den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Euer Kampf ist ein Signal, daß auch in Indien die Massen immer kühner, immer entschlossener an den Slavenketten des Imperialismus und Kapitalismus zu rütteln beginnen.

Verhindert, daß auch Josshi an die Amsterdamer Agenten des internationalen Kapitals und an den Böllerbund verhandelt, das wäre der Tod eures Freiheitskampfes. Verhindert auch fest mit der Roten Gewerkschaftsinternationale. Wie reichen euch die Bruderhand!

Es lebe der Sieg der Textilarbeiter von Bombay!

Es lebe der Freiheitskampf Indiens!

Es lebe der Befreiungskampf aller Unterdrückten der Erde!

12. Parteitag der KPD, Berlin.

*
An die kämpfenden bulgarischen Tabakarbeiter

Der 12. Parteitag der KPD begrüßt im Namen des revolutionären deutschen Proletariats die heroisch kämpfenden bulgarischen Tabakarbeiter, die ein ruhmvolles Blatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung Bulgariens aufgezeichnet haben, und wünscht vollen Erfolg in ihrem schweren Kampf gegen Tabaktrust und faschistische Diktatur.

Das deutsche Proletariat verfolgt mit tieferer Sympathie den Kampf der bulgarischen Klassenarbeiter und gibt seiner Entschließung gegen die brutalen Verfolgungen der Streikenden Ausdruck. Es lebe der entschlossene Kampf der bulgarischen Tabakarbeiter!

Es lebe die internationale revolutionäre Solidarität

12. Parteitag der KPD, Berlin.

Streit auf sächsischen Bauten / 800 Arbeiter ausgesperrt

Nach langen ergebnislosen Verhandlungen traten am 6. Juni die Maurer und Mineure des Talsperrenbaues Lehnsmühle in den Streik. Sie forderten Schluß mit dem Altvordrämmensystem, einem Mindeststundendienst von 2 RM für Maurer, oder die entsprechende Auslösung in der Höhe, wie sie im vergangenen Jahre schon gewährt wurde. Die Mineure verlangten statt 1,00 RM 1,25 RM pro Stunde. Dieser Lohn steht ihnen für ihre lebensgefährliche Arbeit tatsächlich zu. Die Bauleitung hat all diese Forderungen drastisch abgelehnt. Die Mineure stellten also die ersten die Arbeit ein. Darauf-

hin traten auch die Maurer in den Streik. Nun legte die Firma den Bau still und sperrte die 800 Rottandsarbeiter aus. In einer sehr gut besuchten Versammlung wurde von der Gemeindebelegschaft einstimmig beschlossen, den Kampf bis zur Errichtung ihrer Forderung durchzuführen.

Die Zustände auf allen sächsischen Rottandsbauten sind stan- dards. Keine hygienischen Einrichtungen, dazu schlechte Bezahlung und Entlohnung. Neben diese unhygienischen Zustände herrscht auf allen Baupläcken helle Empörung. Die Reformisten vom Baugewerksbund kümmern sich nicht um die Lage der auf den Rottandsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Der Kampf gegen diese unhygienischen Zustände wurde nur von der Kommunistischen Partei geführt. Schon im vergangenen Landtag forderten die Kommunisten:

alle Rottandsarbeiter als reguläre Arbeit durchzuführen;

Auszahlung aller der im Tarifvertrag des Baugewerbes enthaltenen Zuflüsse (Niederstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit für Wechseltätigkeiten, für Arbeit in Wasser und Schlamm, Kilometergelder), die die Arbeiter bei regulärer Arbeit erhalten, an diejenigen Rottandsarbeiter;

den jüngsten Rottandsarbeitern, die ihren gewöhnlichen Wohnort innerhalb der sonst üblichen Zeit nicht erreichen können und demnach auswärts wohnen oder in Baracken übernachten müssen, die Auslösung zu zahlen, die ihnen laut Tarifvertrag des Baugewerbes zusteht;

den Arbeitern Schlagscheld für Übernachtung in Baracken nicht abzuziehen;

die Arbeiter mittels Kraftwagens unentgeltlich zu beför dern; wenn dies nicht möglich ist, Kilometergelder zu gewähren; Werkzeug und Kleider unentgeltlich zu liefern; die Regentage zu zahlen usw.

Bürgerliche, einschließlich Sozialdemokraten, lehnen diese Anträge ab. Einmal hat die kommunistische Fraktion Forderungen zur Verbesserung der Lage der Rottandsarbeiter gestellt. Auf allen Rottandsbauplänen muß zu der Lage und zu den Forderungen der Rottandsarbeiter des Talsperrenbaues Lehnsmühle Stellung genommen werden. Nehmt den Kampf auf! Erklärt euch mit den Kollegen des Talsperrenbaues Lehnsmühle solidarisch! Wählt Kampfleitungen! Kämpft gegen Staat, Kapitalisten und Reformisten!

Nach Abschlußsitzung



Rote Betriebsräte im Neukirchener Eisenwerk

Bei den Arbeiterausschusswahlen auf dem Neukirchener Eisenwerk erhielten die Liste der Opposition 1805, Christen 755, Reformisten 890 und Hirche 305 Stimmen. Die Sitze im Arbeiterausschuss verteilen sich wie folgt.

Opposition	12 Mandate
Reformisten	5
Christen	5
Hirche	2

Die Gewerkschaftsopposition hat somit die Hälfte aller Mandate erobert. Alles wurde ausgeübt, um der revolutionären Opposition eine Niederlage beizubringen. Reformisten, Christen und Hirche standen von der Direktion des Werkes weitgehend unterstützt, im Kampf gegen die Opposition, die trotzdem diesen überwältigenden Erfolg für sich buchen kann.

Die Pleite der Hilferding-Anleihe

Berlin. Die Hilferding-Anleihe hat eine Pleite erlitten. In der Reuterungspresse kommt der Ratschlagmutter über das „unvermeidliche Ergebnis“ voll zum Ausdruck. Statt des ursprünglich vorgesehenen Betrags von 500 Millionen Mark hatte man in Erwartung der Sabotage durch das Schwer- und Finanzkapital die Reichsanleihe schon auf 300 Millionen Mark herabgesetzt. Trotzdem sind nach amtlicher Mitteilung nur 177,7 Millionen gezeichnet worden, obwohl man die Zeichnungsszeit um 8 Tage bis zum Sonnabend verlängert hatte. Wie die bürgerliche Presse hervorhebt, hat sich das mittlere und kleinere Kapital an der Zeichnung der Anleihe in erster Linie beteiligt, während das Großkapital, obwohl für dasselbe der Gewinnanteil viel stärker war, sich von der Zeichnung fernhielt. Die Tatfrage unterstreicht die bewusste Sabotage der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die bereits in den letzten Verhandlungen der Parteien Reparationskonferenz durch die Zurückziehung Böglers ihren Ausdruck fand. Die Bourgeoisie will die Müller-Regierung zwingen, auf anderem Wege, und zwar durch noch härtere Massenbelastungen, Abbau der Arbeitslosenversicherung usw., die Millionennummern zur Deckung des Defizits in der Reichskasse zu beschaffen. Dem wird die Müller-Regierung bestimmt nachkommen.

Unerhörter Bruch des Amnestiegesetzes

Gem. Abusch mußte wieder freigelassen werden

Der Genosse Alexander Abusch (Reinhardt) mußte am Sonnabendnachmittag aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil das ihm zur Last gelegte politische Vergehen lange vor dem Erlass der Amnestie im Jahre 1928 begangen worden ist.

Das bayerische Hochverratsverfahren gegen den Genossen Abusch wurde am 6. Mai 1927 von der Staatsanwaltschaft Augsburg wegen Amnestie und Verjährung niedergeschlagen. Zwischenzeitl. kam die Hindenburg-Amnestie im Jahre 1928 für alle aus politischen Motiven begangenen Taten.

Der Genosse Abusch, der völlig ordnungsgemäß angemeldet in Einen mohnt, wurde am Mittwochmorgen unter Bruch des Amnestiegesetzes vom Juli 1928 verhaftet.

Seine Verhaftung stellt einen reinen Willkürakt der Elteren Polizei, keine Untersuchungshaft einen solchen der Klassenzugehörigkeit dar.

Weil sie mit Reichswehrsoldaten sprachen — verhaftet

In aller Frühe des 10. Juni wurden in Burgstädt i. Sa. zwei Arbeiter aus den Reihen heraus verhaftet und bis heute noch nicht freigelassen, weil sie angeblich mit Reichswehrsoldaten gesprochen haben sollen.

Anlässlich der Unruhezeit der Reichswehr in Burgstädt hingen Blätter aus, die die Reichswehr aufforderten, sich nicht gegen die Arbeiter zu richten. Dies war für die Polizei der Grund, die Offensive gegen den RFB fortzusetzen, indem sie eine Verhaftung vornahm und bei den Verhafteten nach RFB-Material däuschte.

Unter der Bevölkerung herrschte eine große Erregung. Die Burgstädtische Arbeiterschaft ist deshalb zu einer wichtigen Protestfundgebung gegen Polizei- und Justizmisssturz aufmarschiert.

Wahllos geschossen — Wahllos verhaftet

Berlin, 11. Juni. Vor dem Schössengericht Berlin-Mitte standen gestern wieder drei Prozesse wegen Landfriedensbruches und Aufstands, begangen am 1. und 2. Mai statt. Im ersten Prozess standen 10 Arbeiter vor Gericht, die am 1. und 2. Mai in der Kösliner Straße verhaftet wurden. Unter ihnen befand sich nur ein Mitglied des Roten Frontkämpferbundes, im übrigen sind sie sämtlich unorganisiert. Drei von ihnen bestanden bis heute in Haft. Einstimig lagen die Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Samter verteidigt werden, aus, daß sie von den plötzlichen Schießereien der Polizei in der Kösliner Straße, am Netzelbetsplatz und in der Reinhardtsdorfer Straße einfach überrollt worden sind, und, um sich vor der sinnlosen Schießerei zu retten, in die ersten beiden Haustüren rannten. Bezeichnend für den Geist, der die sächsischen Polizeikräfte beherrschte, ist die Aussage des Angeklagten Seher, der erzählte, wie er von der Besatzung eines Polizeiautos mit handfeuerlicher Erstfeuerung bedroht und mit Worten wie Pump, Stoß und Hund bedroht wurde. Die Verhafteten mußten Stundenlang Ankleide machen, und es wurde ihnen angeboten, sie im Falle eines Fluchtversuchs sofort niederzuwalzen. Besonders rabiat fuhren sich die Beamten der Wache Uferstraße benommen haben, gegen die hämische Anzeige wegen schwerer Körperverletzung, Bedrohung und Rötzigung erfasst worden ist. Auf die Frage des Verteidigers, ob der erste Zeuge, Polizeimajor Bläß, Peute geschen habe, die auf die Polizei schossen, muß der Zeuge mit einem eindeutigen „Nein“ antworten. Rechtsanwalt Samter holt ihn entgegen, daß dann also die Polizei blindlings ins Dunkle geschossen habe, worauf der Zeuge antwortet, daß Durchsuchen die Polizei beobachten hätten. Rechtsanwalt Samter verweist bei dieser Antwort auf ein Sachverständigenbericht, wonach das Mündungsfeuer feindlosen Waffen auf größere Entfernung nicht sichtbar ist, es unmöglich, Einschläge der Geschosse, wie sie der Zeuge gesehen haben will, festzustellen, da in der Nacht keinerlei Patronen gebraucht hätten.

Der ganze Prozeß ist nichts mehr als eine erneute Anklage nicht gegen die Arbeiter, die sich gegen die entsetzlichen Unruhen der Polizei zur Wehr setzten, sondern eine einzige Anklage gegen das herrschende Polizeiystem.

Prozeß gegen den fälscher Orloff

Berlin, 11. Juni. Vor dem Schössengericht Berlin-Mitte begann heute ein Prozeß gegen den fälscher Orloff und Konkurrenten. Orloff und der Agent Pawlanowitsch traten zunächst als Zeugen gegen den Angeklagten Rögmann auf, der des Dokumentenfälschens und der Preisgabe von Geschäftsgeschenken zum Zweck des unlauteren Wettbewerbs angeklagt ist. Außerdem sind als Zeugen Siewert, Regierungsrat Bartels, sowie die Kriminalbeamten Bräschwitz und Teichmann erschienen. Die Anklage wurde auf Grund folgenden Sachverhalts erhoben: Siewert unterhielt seit 1924 ein Nachrichtenbüro unter dem Namen Dobro.

Die Massen grüßen den RPD-Parteitag

Vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bau Ruhrgebiet.

Von der Vereinigung „Ruhrwohl“ in Hamm.

Von unseren politischen Gefangenen, die in Hamburg und in Hohenasperg (Württemberg) hinter Kerkermauern schmachten.

Von der Organisation der Moskauer Jungzioniere, die gleichzeitig Berliner Arbeitersöhne für ihre Ferienlager einladen.

Von den Teilnehmern der Leninischule im Textilzentrum des Sommetunion, in Iwanowo-Woznezens.

Betriebsarbeiter auf dem Parteitag



Begrüßungsansprachen hielten u. a. Genosse Vandgraf, Hauptmann Frieda Franz, im Namen der Werkarbeiter von Blohm & Voss. — Genossen Frieda Franz, im Namen der ausgelöschten Schäfchen-Tektilarbeiterinnen.

Ein 9jähriges Kind aus dem Freistaat Sachsen ausgewiesen!

Wir fragen die Regierung:

1. ob sie bereit ist, dem Landtag Auskunft über die Handhabung der Ausweisungsbestimmungen zu geben;
2. ob die Maßnahmen der Behörden auf ihre Ausweitung erfolgten.

Kenner und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Auch die Dresdner Stadtverordnetenversammlung der RPD wird den Rat zwingen, zu dieser brutalen und rücksichtslosen Maßnahme Stellung zu nehmen. Die Mutter des Kindes ist verheiratet und sächsische Staatsangehörige. Vor der Berechidung bevor sie die tschechische Staatsangehörigkeit. Der Vater des Kindes, geborener Tschech, ist vollständig mittellos und kann nur 50 Kronen monatlich Unterhaltung zahlen. Die Mutter erhält Fürsorgeunterstützung für das Kind. Weil das Kind dem Staat zur Last fällt, wird es über die Grenze in Begleitung der republikanischen Polizei abgeschoben. Demgegenüber zeigen die sächsischen Behörden den Tschechen Entgegenkommen, wenn es gilt, Feinde der Arbeiterschaft einzubürgern. In der letzten Dresdner Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, einen tschechischen Staatsangehörigen, der Angehöriger der deutschen Reichswehr ist, einzubürgern. Den Feinden der Arbeiterschaft, die zur Niederschüttung des Proletariats bemüht sind, verleiht man das Staatsbürgerecht. Kinder der Proleten werden als lästige Ausländer ausgewiesen.

320-Treffen verboten!

Das für Sonntag den 16. Juni in Hennig (Rheinland) geplante Treffen der Internationalen Arbeiterhilfe wurde auf Grund des Paragraphen 10, Teil 2, Titel 17 des Landrechts vom Jahre 1791 (!!) verboten.

Die von Seering in Darmstadt bereits angeläufige Verhörliste Besiegung der revolutionären Bewegung wird mit diesem Verbot des JAH-Treffens in die Praxis umgesetzt. Die Arbeiterschaft muß den Terror der Sozialfaschisten zurückweisen, indem sie für die JAH, die Provinzialsolonne des Proletariats, neue Mitgliedermassen gewinnt.

Vom Tage

Brückeneinsturz bei Klingenberg

ZU Klingenberg a. Main. Am Montagnachmittag gegen 15.20 Uhr stürzte der zweite Bogen der Klingenbergbrücke bei Beliebung eines Rammpfälzes aus bisher ungeklärter Ursache unter lautem Gelöse ein. Bei dem Einsturz waren einige Arbeiter mit dem Beladen des Rammpfälzes beschäftigt. Ein Zimmermeister wurde sofort getötet, ein weiterer Arbeiter schwer und vier leicht verletzt. Kurz nach dem Unfall traf die Gerichtsbehörde an der Unfallstelle ein und nahm die Untersuchung auf. Der Verkehr wird durch Motorboote aufrecht erhalten, der Fahrradverkehr über Obernburg und Mühlendorf umgeleitet.

Schweres Unglück bei einem Dammbruch

ZU London. Infolge eines Dammbruches in Billabur in Montana sind vier Personen ertrunken. Ein Fahrer der Metropolitankirche verlor, bei dem Versuch, seine Frau zu retten, das Leben.

Zwei Arbeiter bei lebendigem Leibe verbrannt. ZU Lubian. Auf einem Fischerkahn auf der Krummen Gilse schwiegen zwei Arbeiter, als der Kahn plötzlich in Brand geriet. Als der Brand bemerkte wurde, schwammen die Flammen bereits zu dem Verschlag auf dem Kahn heraus und an eine Rettung war nicht zu denken. Die Arbeiter verbrannten bei lebendigem Leibe.

Vier Tote bei einem Grubenunglück

ZU London. Bei einer Grubenerplötzung in Glencoe in Westvirginia wurden vier Bergarbeiter getötet.

Wetterausichten für Donnerstag. Warm bis sehr warm, zunächst noch leichter, im Laufe des Tages aufsteigende Gewitterneigung, jedoch Gewittertägigkeit vorerst im westlichen Deutschland einsetzend und vorzugsweise erst übermorgen in nennenswertem Umfang auf unser Gebiet übergreifend.

Der Triumph der Kulturreaktion unter Seizing

Abrechnung der Kommunisten mit den Konföderatsozialisten

Berlin, 10. 6. 29. (Eigener Bericht)

Bei der Beratung des Innensenats im Reichstag sprach am Sonnabend, dem 8. Juni zur Kulturpolitik der Hermann-Müller-Regierung für die kommunistische Fraktion

Genosse Maslowitschi:

Weicher Reichsinnenminister auch immer auf der Regierungsbühne möge, ob der Schwerindustrielle Zarres, der demokratische "Normalmensch" Rüdiger, ob der Oberstaatsrat v. Reußell oder der kleine Metallarbeiter Seizing; der Staat des Innensenates bleibt in seinen einzelnen Positionen im wesentlichen immer der gleiche.

Derselbe Herr Seizing, der noch im vorigen Jahre und noch bei seinem Regierungsauftritt soz verlängert hat, er werde die Tiere, die Streitbrecherorganisation, abbauen, schlägt für die Tiere 1,4 Millionen in seinem Staat vor. Derselbe Herr Seizing, der noch als Stattdroher seiner Partei vor einem Jahre noch tiefer Stelle aus die Bevölkerung des Schund- und Schmutzgeladen und die Streidung aller Goldmittel zur Ausführung dieses Gesetzes gefordert hat, steht heute für Schund und Schmutz und für die Filmzensur größere Summen ein als selbst Herr v. Reußell. Derselbe Herr Seizing, der vorjährig den Spiekelfonds Reußells leistungt hat, fordert als Reichsinnenminister Summen für diesen Spiekelfonds an, nur das er den Zweck ein wenig verschleiert. Das charakteristische oder ist, daß es Seizing nicht einmal möglic ist, rein formal republikanisch zu sein. Nach wie vor erscheinen die Millionen für die Errichtung der monarchistischen Denkmäler im Staat, ja, es ist sogar festzustellen, daß Seizing in diesem Zweck die Summe fast um das doppelte erhöht hat, gegenüber dem Herrn v. Reußell.

Nach wie vor erscheinen vor allem auch an den verschiedensten Stellen des Staats verschleierte Kirchenabventionen, u. a. in der Form, daß man Restaurierungsstifte für Kirchen bewilligt, weil sie anzüglich als "historische" Bausäckter erhalten bleiben müssten.

Dortüber hinaus hat aber noch der Hauptrauhshof gegen die Summen der Kommunisten beschlossen, eine besondere Wirtschaftsmillion für sogenannte kulturelle, gemeinnützige Organisationen, d. h. in Wirklichkeit für kirchliche Vereine, auszuwählen. Das geschah übrigens in demselben Augenblick, in dem der Antrag der Kommunisten auf Gewährung einer halben Million auch für die Freiheitserorganisationen und die Vorlage eines Feuerbestattungsgesetzes im Sinne der Gleichberechtigung mit der Erddeliktion von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Das der Staat teils vom Inhalt nach deshalb bleibt, ganz gleich, wer auf der Ministerbank sitzt, beweist nur das eine: Der Staat des Innensenates drückt den zentralen Gewaltapparat des kapitalistischen Staates aus, ganz gleich, ob dieser kapitalistische Staat äußerlich etwas mehr Schwarzweizrot oder Schwarzrotblau angestrichen ist.

Genosse Maslowitschi wendet sich dann besonders der Kulturpolitik zu. In Preußen-Deutschland geht es jetzt um den Abschluß eines Preußenkonföderats, das für Jahrzehnte, ja, nach dem Willen der Kirche für Jahrhunderte das Verhältnis zwischen Kirche und Staat regeln soll. Trotz vieler wichtigen politischen Ereignisse, das auch nicht ein einziger Einheitsredner bis jetzt das Wort "Konföderat" auch nur in den Mund genommen. Nur Herr Braunstein hat sich zum Konföderat geholt. Er hat im Hauptabteil die Rückendeckung für Herrn Seizing übernommen, genau den er noch auf dem Kieler Parteitag eine Gegenstellung in der Frage des Konföderats eingebracht hat. Er hat dann genau dasselbe erklärt, was Herr

Wels auf dem Parteitag der SPD

sagt hat nämlich das Preußenkonföderat im Hinblick auf das bisherige Konföderat das kleinste Lobel darstelle. Das ist die Grundtheorie der gesamten sozialdemokratischen Koalitionspolitik, die grundsätzlich von den sogenannten "linken" gebildet wird und das war auch das Schildwort für den Konföderatfreund Otto Braun.

Genosse Maslowitschi gezielt dann die Geheimdiplomatie, die in der Konföderatfrage bis jetzt getrieben waren, und verweist darauf, daß diese Geheimdiplomatie auch einen sozialdemokratischen Frieden und sozialdemokratische Arbeit beitreiben wird, deren Anteilkonföderation man lärmlich auf dem Magdeburger Parteitag in den Papierkoffer geworfen hat. Als am vergangenen Freitag auch die nicht zur Koalition gehörenden preußischen Parteien zu einer Information über den Abschluß des Konföderats von Otto Braun eingeladen wurden, daß man die Kommunisten nicht hinzugezogen. Man hat auch aus Angst, ein Kommunist könnte dennoch die Sitzung aufbrechen, diese nicht im Preußischen Landtag abgehalten, sondern in irgendinem Ministerium verlegt. (Aha. Pfeil: "Genau wie bei

der Fünfjahrsabfindung, das nenn man Parlamentarismus!" — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Worauf kommt es nun beim Konföderat an?

Wir stellen gegenüber dem Kulturreaktionssatz von vorhin fest: Das Konföderat ist in erster Linie ein Teil der politischen und wirtschaftlichen Öffentlichen des Kapitals, in diesem Sinne auch ein Teil der allgemeinen Kulturreaktion, die ihren Ausdruck findet in dem Schund- und Schmutztheater, in der Film- und Theaterzensur, die unter Herrn Seizing — ich erinnere nur an das Verbot von "Giftpast" über Berlin — auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1790 — genau so blüht wie unter Herrn Rüdiger. Das Konföderat steht auch im Zusammenhang mit den ungewöhnlichen Zuständen im Rundfunk, in dem Selbstverständlichkeit nicht nur Kommunisten nicht sprechen dürfen, sondern sogar Bürgerliche Kreisler, wenn sie irgend etwas sagen, was der Kirche nicht paßt, oder was sich mit der Auflösung über den kommenden Giftpastrieg beschäftigt. Genosse Maslowitschi gibt dann Herrn Seizing den Rat, wenn er sich schon als Zensor auf dem Gebiete von Schund und Schmutz betätigen will, sich einmal die Kirchengangbücher anzusehen. In dem evangelischen Geistgutbuch für Rheinland und Westfalen von diesem Jahre steht z. B. noch das schöne Lied:

"Gib unserem Kaiser Glück."

Läßt deine Gnadenblöße auf den Gesalbten gehn,

Schüß ihn auf seinem Throne

Und lasse seine Krone in segenvollem Glanze stehn."

Wir wissen, daß die sogenannte republikanische Öffentlichkeit Seizing vor einem hohen Kirchengedächtnis schon deswegen haltmachen muß, weil ja Herr Seizing eingestanden haben will, daß ein treuer, braver Christ ist. (Zurück von der Wirtschaftspartei: "Bravo, das ist ein Plus für Seizing!")

Wenn jetzt von sozialdemokratischer Seite dargestellt wird, daß das Konföderat in Preußen deswegen nicht so schlecht sei, weil angeblich keine Schulbestimmungen darin enthalten sind, dann ist dazu zu sagen: Die Weimarer Verfassung hat bereits die Grundlage dafür geliefert, daß 98 Prozent aller Schulen in Deutschland längst eigentliche Konfessionschulen sind.

Worauf es ankommt und was Sie zu den Sozialdemokraten Ihnen Anhängern sozialistisch verheirathen, das ist die mate-

rielle und finanzielle Seite des Konföderats, in der sich auch in innigster Linie der Klassencharakter des Konföderats zeigt. Neue Bistümer, die gegründet werden sollen, bedeuten eine ungemeine Belastung des Staatsjäches, weil ein solches Bistum ungefähr 180 000 Mark dauernder jährlicher Zuflüsse bedarf, und wenn es neu eingerichtet wird, natürlich Millionen hinzugesetzt werden müssen. Durch das Konföderat soll weiter die Kirchensteuer auf Jahrzehnte garantiert werden. In dieser Hinsicht hat man auch im Preußischen Landtag bereits vorarbeiten durch die

Annahme eines neuen Kirchensteuergesetzes

dass eine Art Kirchenkopfsteuer einführt auch für diejenigen, die unter dem Existenzminimum liegen. Ferner soll das Konföderat grundsätzlich die regelmäßigen Staatszuflüsse garantieren, die heute schon, was Preußen anbelangt, auf 86 Millionen jährlich gestiegen sind. Und schließlich sollen auch alle Besitztümer der Kirche, alle Güter der Klöster und Orden, alle Stiftungen usw. garantiert werden. Dabei erinnert man sich nur daran, daß allein das Vermögen der katholischen Charitas auf 1,2 Milliarden in Deutschland geschätzt wird. (Hört hört! bei den Kommunisten.) das alles ist der wirkliche Kern des Konföderats, das alles soll durch der Arbeitslosigkeit und den Steuerzuläufen des wertdienigen Volkes herausgeschunden werden.

Wer unter solchen Umständen — und das gilt besonders für die sogenannten "linken" Sozialdemokraten — behauptet, gegen das Konföderat kämpfen zu wollen und nicht gegen die Koalitionsarbeit mit dem Zentrum kämpft, der ist entweder ein Dummkopf oder ein politischer Betrüger. (Sehr wahr! bei den Kommunisten, Ordnungsrat Löbes.)

Und wofür zahlt man die Konföderatmillionen? Nur zu dem Zweck, um die Einheitsfront zwischen Kirche und kapitalistischem Staat fester zu fügen, um die Ideologie der Macht im bürgerlichen Sinne weiter zu festigen, um das Ausbeutungssystem des Kapitalismus heilig zu sprechen, die Massen von der proletarischen Revolution abzuhalten und um sich der Hilfe der Kirche bei der Schaffung einer neuen Kriegsideologie zu versichern. Weil man weiß, daß die Weißlichen aller Konfessionen, wie sie im vergangenen Kriege die Waffen und Maschinengewehre segneten, auch im kommenden Kriege nicht nur die selben Waffenzüge, sondern auch die chemischen und bacteriologischen Waffenzüge segnen werden.

Nach Magdeburg

Die "linken" SPD-Führer, die auf dem Magdeburger Parteitag vor dem Parteivorstand und ihren Ministranten feiern zurückwähnen, spielen bei der Parteieröffnung vor den sozialdemokratischen Arbeitern wieder den harten Mann. In dem Oberlausitzer Industriebezirk gebärden sich diese Helden, wie Ambros, Kleinelt, Bonbachi u. Gen., beim Bericht über den Magdeburger Parteitag wiederum sehr radikal. Nicht etwa, um den Kampf gegen die Koalitionsarbeit des ZKD zu organisieren, sondern um die Arbeiter zu betrügen. Die Oberlausitzer Arbeiter, durch die vergangenen Wirtschaftskämpfe und Erwerbslosenbewegung radikalisiert, stehen in verstärkter Opposition gegen die Koalitionsarbeit. Die Landtagswahl haben gerade in einer Reihe von Orten der Oberlausitz gezeigt, wo die KPD Stimmen gewann und die SPD welche verlor, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich langsam von ihrer Partei lösen und zur kommunistischen Bewegung kommen. Gegenüber diesen oppositionellen Arbeitern haben die "linken" Führer keinen leichten Stand. Sie können die Arbeiter nur durch Täuschung über den wahren Inhalt der SPD noch halten. Darum müssen sie in ihrer Presse und in ihrem Versammlungen scharf gegen die Reichspolitik, die in Wirklichkeit ihre Politik ist, vorgehen. Erfennen die Arbeiter die Rolle der "linken" SPD, dann werden sie dieser Partei den Rücken lehnen und gemeinsam mit den kommunistischen Partei kämpfen. Der Parteianhänger Ambros erläuterte Bericht in einer Mitgliederversammlung des Agitationsbezirks Löbau über das Ergebnis des Reichsparteitages in Magdeburg. Er wandte sich gegen die Koalitionsarbeit. Zum Schlus führt er, nach der Vollzierung der Oberlausitz, aus, daß zwei Dinge restlos geklärt seien: "An der Arbeitslosenversicherung lädt die Partei nicht rütteln!" und "Eine andere Zollpolitik muß unbedingt durchgeführt werden! Wenn einzelne Genossen dem Parteitag nicht zubilligen, ein Markstein in der Geschichte der Partei wird nicht zubilligen, ein Markstein in der Geschichte der Partei nicht zu sein, so werde nach seiner Meinung nicht zu bestreiten sein, daß er zu den würdigsten und denkwürdigsten in irgendinem Ministerium verlegt. (Aha. Pfeil: "Genau wie bei

Ambros gibt sich Mühe, den sozialdemokratischen Arbeitern weiszumachen, daß der Magdeburger Parteitag durch seine Beschlüsse den Abbau der Erwerbslosenversicherung verhindern würde, obwohl er ganz genau weiß, daß die SPD durch ihre Regierungsmittel sowie durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Bevölkerung in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Vermittlung mit verantwortlich für den jetzt sozial durchgeföhrt Abbau der Erwerbslosenunterstützung sind. Sozialdemokratische Vorstehende der Arbeitsämter werden heute schon verheiratete Frauen aus der Unterstaltung heraus. Auch daß die Zollpolitik keine Veränderung erfährt, weiß Ambros. Die Finanzpläne von Hilsdorf bedingen Erhöhung der Zölle und Preissteigerung für alle Lebensmittel. Wenn Ambros das Resultat des Magdeburger Parteitages als Markstein in der Geschichte der SPD hinstellt, so kann es nur einen Markstein bedeuten auf dem weiteren Wege der SPD zur Erhaltung der kapitalistischen Republik. Die Beschlüsse von Magdeburg sind die konsequente Fortsetzung der Kieler Beschlüsse. Die SPD stellt sich vollständig in den Dienst des Bürgertums. In der Debatte wurde kräftig zu den Ergebnissen des Magdeburger Parteitages Stellung genommen. Kleinelt, Redakteur, führte aus: Es kommt nicht darauf an, ob man sage, Wehrherrlinien oder Wehrprogramm, sondern darauf, was in diesen Richtlinien steht. Nach seiner Auffassung bedeuten die Richtlinien eine Verschärfung des bisherigen Zustandes. Auch die Frage der Delegation zum Parteitag müßte gründlich erörtert werden, denn die Entschließungen geben nicht die Meinung der Parteigenossenschaft in richtiger Weise wieder. Bedenklich sei die Auffassung Brauns zum Abschluß des Konföderats, denn jedes Konföderat laufe den Interessen des Proletariats zuwider. Wenn der Grundzug der Parteitagsverhandlungen der gewesen sei, daß wir den Willen der Macht hätten, so müßten wir verlangen, daß dieser Will zu Macht auch wirklich zur Tat werde. Nur daraus kommt es in der Zukunft an. Kleinelt übertrifft an Radikalismus noch Ambros, aber kein Wort zur Seizing-Diktatur, zum Verbot des KZB, der KPD-Presso, zu den Massenverhaftungen. Er deckt die sozialfascistische Stellung seiner Partei. Er spielt nur, bald wird auch in Sachsen die SPD mit in der Koalitionsregierung sitzen und dieselben Maßnahmen gegen das revolutionäre Proletariat ergreifen wie Seizing.

Kießling und Hirsch betonen, daß die Koalitionsarbeit die Gewinnung der Arbeiter für die SPD schwere. Im Schluswort betont Ambros, daß die Beschlüsse des Parteitages auch von der Reichstagsfraktion und den Regierungsmitgliedern durchgeföhrt werden müssen. Zusammenfassend sagte er, die Partei werde einheitlich getragen von dem Willen zur Macht, der durch die Tatbereitschaft der Parteimitglieder aufs höchste geprägt werden müsse. Auch hier spielt er wieder die wichtige Rolle der "linken" sozialdemokratischen Führer. Er wollte damit erreichen, daß die Mitgliedschaft mit dem Ergebnis des Magdeburger Parteitages einverstanden sein werde. In einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen Abbau des Erwerbslosengesetzes wurde verlangt: Führung des energischsten Kampfes der Arbeiter, der parteigenossischen Minister und aller Instanzen mit allen Kräften und Mitteln gegen die sozial-reaktionären Abüscher. Keine Rücksicht auf den Fortbeland der augenblicklichen Koalitionsregierung darf die sozialdemokratische Fraktion und die parteigenossischen Minister zu Kompromissen veranlassen, die die Grundlage und Grundzüge dieses für die Arbeiterschaft höchst wichtigen sozialen Altimpotens antasten. An der Erhaltung einer antizipativen Regierung kann die Sozialdemokratie kein Interesse haben, viel weniger ihr als hilfsbereite Trägerin angehören.

Die nächsten Tage und Wochen werden auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erneut zeigen, daß die SPD, die sich für Erhöhung der Unterstützungsbeiträge von 3 auf 4 Prozent der Erwerbslosenunterstützung einsetzt, auch das "Sofort-Programm" der vereinten Arbeitgeberverbände durchführen hilft. Die Zolldebatte im Reichstag wird ebenfalls zeigen, daß die SPD bereit ist, erneute Laufen auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse zu wälzen. Die sozialdemokratische Politik, die kommenden Wirtschaftskämpfe, Erwerbslosennot und die Auflösung der Kommunisten werden dafür sorgen, daß die linken sozialdemokratischen Arbeiter die Rolle der SPD erkennen und sich der kommunistischen Partei anschließen und mit ihr kämpfen werden.

Hinein in die RSB!



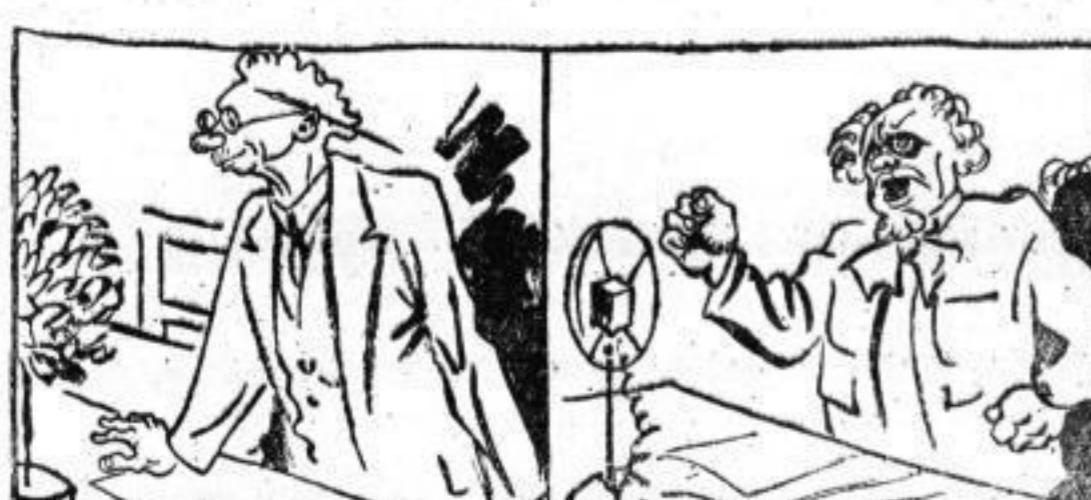
Auf dem Parteitag der SPD

1. Braun: Was geht den Parteitag das Konföderat an, dessen Inhalt der Parteitag nicht kennt und auch von mir nicht erfahren wird!

2. Hilsdorf: Wir müssen das Desjat leider mit unpopulären Steuern (aus den Taschen des Proletariats) dessen.

3. Stampfer: Die Arbeitslosenversicherung wird nicht weiter verschlechtert werden.

4. Eispien: Der russische Arbeiter (nicht einer der deutschen — Ann. der Red.) muß sich die demokratische Freiheit erlämpfen.



Das Referat des Genossen Thälmann

auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Genossen! Der Klammerkomplex der Fragen, die ich in meinem Referat behandeln muß, um zur Hauptlinie unserer revolutionären Politik im deutschen wie im internationalen Maßstab Stellung zu nehmen, ist so vielseitig, daß ich einen großen Teil der Fragen nur streifen werde. Insbesondere werden die Kriegs- und Gewerkschaftsfragen noch in zwei Sonderreferaten vor dem Parteitag behandelt. Die Beschlüsse dieses Parteitags, seine Einschätzung der Lage und die Kennzeichnung der Aufgaben, die vor uns stehen, müssen von den Delegierten des 4. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale und des 6. Kongresses der Kommunistischen Internationale ausgehen. Die seit dem 6. Weltkongreß verflossene Zeit hat die Richtigkeit der dort gefassten Beschlüsse eindeutig bestätigt.

Der 12. Parteitag der KPD hat nicht nur für Deutschland, sondern auch international gleichen eine gewaltige Bedeutung. Der Klassenfeind in Deutschland, und ich kann wohl ohne Übertriebung sagen, auch in den wichtigsten übrigen Ländern des Kapitalismus, verfolgt diesen Parteitag mit großer Aufmerksamkeit. Andererseits lenkt das deutsche Proletariat und die internationale Arbeiterschaft ihre Augen erst recht auf die Versammlungen unseres Parteitags. Die Tatsache, daß die wichtigsten Sektionen unserer Internationale hier vertreten sind, legt Zeugnis von dem internationalen Charakter unserer Tagung ab.

Ich werde in meinem Referat fünf Fragen behandeln:

1. Die internationale Lage und die Entwicklung der Komintern seit dem 6. Weltkongreß.
2. Die Wirtschaftslage in Deutschland, das Reparationsproblem, die Obrigkeit des Kapitals und die Kriegspolitik des neu-deutschen Imperialismus.
3. Die Rolle der Sozialdemokratie im Klassenkampf und ihre Entwicklung zum Sozialfascismus.
4. Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe in Deutschland, die neue Taktik der Partei und unsere innerparteilichen Differenzen.
5. Die Maistrennen, die Perspektive der weiteren Entwicklung und die Hauptaufgaben der Partei.

Zur internationalen Lage

In den Theorien des 6. Weltkongresses der Komintern sind bereits die Hauptmerkmale der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung des Weltkapitalismus niedergelegt. Diese Periode ist gekennzeichnet durch eine starke Ausprägung alter Widersprüche des kapitalistischen Systems, sowohl der inneren als auch der äußeren, in internationalem Maßstabe. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, der Gegenjag der imperialistischen Länder zu den Kolonien, der gerade jetzt in Indien einen revolutionären Höhepunkt erreicht hat, die allgemeine Ausprägung der Klassengegensätze, vor allem aber die Verhakung des alle anderen Widerstände beherrschenden Hauptgegenstoffs der imperialistischen Welt zur Sowjetunion unterstreichen die Richtigkeit der vom 6. Weltkongreß gegebenen Einschätzung der Lage. Nur im Zusammenhang mit diesen internationalen Widersprüchen kann auch die mit ihnen auf engste verbundene politische Lage in Deutschland richtig beurteilt werden. Denn gerade in Deutschland zeigen sich die internationalen Merkmale der dritten Periode in einer besonders starken Ausprägung.

Auf dem Hintergrund dieser unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems spielt sich die allgemeine Ausprägung des Klassenkampfes ab. Die neue kapitalistische Obrigkeit gegen die Arbeiterschaft, die wie gerade jetzt in Deutschland in ihren mannigfältigen Formen beobachtet können, zeigt sich auch im internationalen Maßstabe. Ein internationaler Feldzug des Finanzkapitals gegen das Proletariat hat begonnen.

Internationale Verschärfung des Klassenkampfes

Dieser verschärfte Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten untereinander bedingt letztlich einen verschärften Druck auf die Kolonien und auf die Arbeiterschaft im eigenen Lande. Die Welle der ökonomischen und politischen Streiks und Aktionen des Weltproletariats und besonders des durch den Reformismus noch am wenigsten berührten jungen Arbeitervorstellung in den Kolonien gegen die imperialistischen Ausbeuter hat in dem heldenmütigen Kampf der Bomberger Textilarbeiter gerade jetzt wieder einen deutlichen Höhepunkt erreicht.

Gen. Thälmann schildert in diesem Zusammenhang Amerikas und Englands Kampf um die Welthegemonie, den heldenmütigen Kampf der Bomberger Textilarbeiter und die sozialdemokratische Politik des Burghaagels.

Die Arbeiterschaft hat heute einen internationalen Arbeitsaufstand unterricht am eigenen Leibe, wie sich dieser Burghaagel für sie auswirkt. Die Offensive des Kapitals auf die Lebenshaltung des Proletariats hat zu einer ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes in allen Ländern geführt. Diese verschärfte Ausbeutung kann die

Bourgeoisie zusätzlich des liegenden Widerstands der Massen nur durch eine rücksichtlose Politik der Unterdrückung und Vernichtung der revolutionären Arbeiterorganisationen, der Ausschaltung gegen die Kommunisten und der Faschisierung ihrer Herrschaftsform ermöglichen.

Die Gefahr des Faschismus

Noch nie war die faschistische Gefahr für das Proletariat der ganzen Welt so groß wie im gegenwärtigen Augenblick. Unser Parteitag muß den Vormarsch des Faschismus in der ganzen Welt feststellen, und zwar nicht nur in den rückständigen Agrarländern, sondern auch in den sogenannten demokratischen Ländern. Der faschistische Staatsstreich in Jugoslawien, die Entwicklung in Polen, das Anwachsen des Heimwehrfaschismus in Österreich, wo die Autonomisten völlig kapitulierte haben, und die steigende faschistische Bewegung in Deutschland, die sich bei den Sachsenwahlen im Stimmengewinn der Nationalsozialisten wiederum gezeigt hat, signalisieren diese Gefahr in ihrer ganzen Größe.

Die Normen und Methoden des Faschismus seien dabei sehr verschieden aus. Aber all dies spielt er die Rolle des Wegbereiters für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Sozialfascisten

Eine besonders gefährliche Form in der Entwicklung und für Deutschland heute die entscheidende Form ist die des Sozialfascismus, der sozialfascistischen Entwicklung der Sozialdemokratie. Diese Entwicklung wird bei der Klassenanalyse in Deutschland und bei der Bestimmung unserer praktischen Methoden eine entscheidende Rolle spielen. Aber der Sozialfascismus ist keine nur deutsche Angelegenheit. Daß die Sozialdemokratie überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung wird, das beweist nicht nur der Seestadt-Friedrichshafen in Deutschland, das wird in den nächsten Wochen schon in England die Praxis der Macdonalds-Regierung beweisen. Während die erste Macdonalds-Regierung im Jahre 1924 nur wenige Monate am Ruder war und durch das Ablösen großer ökonomischer Kämpfe und den Abschluß des zügeligen Vertrages als eine günstige Position schaffen konnte, wird die jetzt am Ruder gekommene Labour-Regierung die Politik der konservativen Regierung in anderer Form verschärfen fördern.

Die Bedrohung der Sowjetunion!

Der Ausgang der Reparationskonferenz in Paris, die organisierten Bandenüberefälle an der afghanischen Grenze, der Abbruch der chinesisch-sowjetischen Beziehungen und der militärische Geheimvertrag Polen-Rumänien signalisieren ebenso wie die diplomatischen Schritte der Stresemann-Müller-Regierung nach den Misereignissen in Moskau die ganze Größe der Gefahr der kapitalistischen Intervention gegen Sowjetrußland. Je schwieriger der Kampf um den Weltmarkt wird, je frischer die Veränderung des Marktes für den Imperialismus sich auswirkt, je schneller die Revolutionierung der arbeitenden Massen in den kapitalistischen Ländern und Kolonien vorwärtschreitet, desto dringender wird für die Imperialisten die Notwendigkeit des militärischen Eingriffs auf die Sowjetregierung. In diesem Zusammenhang wird die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, werden aber auch die Maistrennen in einem größeren internationalen Zusammenhang gelten.

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und im Namen der gesamten revolutionären Arbeiterschaft grüßen wir von dieser Stelle aus die Rote Armee, die Schutzorganisation des Proletariats der ganzen Welt, mit brüderlichen Kampfesgrüßen. (Anhaltender stürmischer Beifall des Parteitags.)

Rüstet zum 1. August!

In diesem Zusammenhang stehen vor uns die Aufgaben der vom 6. Weltkongreß beschlossenen Durchführung des Antikriegstages am 1. August. Dieser Antikriegstag muß zu einer gewaltigen Bewegung der Werkstätten aller Länder gegen die konterrevolutionären Anschläge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie werden. Wir müssen bei dieser Mobilisierung der Massen gegen den imperialistischen Krieg den Zusammenhang zwischen der Kapitaloffensive und der faschistischen Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft als Stufen der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjet-

union aufzeigen. Den schändlichen Befreiungsaktionen der Massen nur durch eine rücksichtlose Politik der Unterdrückung und Vernichtung der revolutionären Arbeiterorganisationen, der Ausschaltung gegen die Kommunisten und der Faschisierung ihrer Herrschaftsform ermöglichen.

Die internationale Bedeutung des 1. Mai in Berlin

In Berlin hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgen verhindert, daß die Sowjetunion am 1. Mai durch die 2. Internationale, die in diesem Jahr in allen Ländern dazu überging, die vor 40 Jahren vom Internationalen Kongress in Paris aufgestellten Forderungen offen zu verleugnen, müssen wir gegenüberstellen der internationalen Solidaritätsaktion am 1. Mai, dem internationalen Protestkampf gegen das Blutbad in Berlin.

In Berlin hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgen im Auftrag der Koalitionsregierung und der Gewerkschaftsbürokratie die Maidemonstration verboten. Trotzdem demonstrierten die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei. Bereits mittags sich Jörgen in friedliche Demonstrationen und in freigewerkschaftliche Versammlungen der Reihen der blutigen Terrorpropagandisten der Mordbestien der Polizei in der Verteilung des alten Rechtes auf die Straße im roten Wedding und im roten Neukölln beteiligt. Ich will an dieser Stelle nur kurz die historische internationale Bedeutung der Berliner Maistäbe würdigen, die in der Internationale einen Widerhall gefunden haben, von dem sich die deutsche Arbeiterschaft kaum eine richtige Vorstellung machen kann. Auf der Brüsseler Konferenz der westeuropäischen Parteien der Komintern berichteten die Vertreter aus den wichtigsten Ländern über die Solidaritätsaktionen, über Streiks und Demonstrationen in hunderten von Städten. Proteststreiks wie in Wien, in Frankreich und, um ein charakteristisches Beispiel zu geben, die Demonstration in

Die Lage in Deutschland

Gen. Thälmann schildert eingehend die widerstreitende und frischen Momenten des deutschen Kapitalismus.

Wie war die Lage in den letzten Monaten in Deutschland? Im Dezember 1928 der Höchststand der Erwerbslosigkeit, in den ersten Monaten dieses Jahres die höchste Anspannung auf dem Geld- und Kreditmarkt, im April die Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent infolge der Entzehrung der langfristigen und kurzfristigen Anleihen und Kredite. Anzeichen einer Verschärfung des Marktfusses machen sich bemerkbar. Durch die Übernahme des Young-Plans auf Grund des Ausgangs der Reparationskonferenz wird die allgemeine Lage trockner Erleichterungen noch schwieriger.

Reparationsfrage und Kriegsproblem

Die geringe Erleichterung aber, die eingetreten ist, die Herabsetzung der Schuldensumme für das Normaljahr von 2,5 Milliarden auf 2 Milliarden und 50 Millionen für die nächsten 37 Jahre ist erkauft worden mit dem vollständigen Einkommen den Deutschen in der Antisowjetunion.

Aus alldem ergibt sich, daß die Schwierigkeiten für Deutschland wachsen müssen, und daß der verschärzte Wettbewerb auf dem Weltmarkt für die deutsche Industrie nur bei Lieferung billiger Produkte und dieses wieder nur bei Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb möglich ist.

Die jährliche Belastung aber durch zwei Milliarden Reparationszahlungen, durch eine jährliche Passivität der Handelsbilanz von ebenfalls 2 Milliarden Mark und 700 bis 800 Millionen Mark Zinslasten, — das alles bedeutet für den deutschen Imperialismus bei dem Gefahren der kolonialen Wirtschaftsgebiete und Absatzquellen und den territorialen Verlusten aus dem Versailler Vertrag die Notwendigkeit einer ungehörlichen Verstärkung der Ausbeutung, wenn eine ernste Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden soll. Diese Ausbeutung ist nur möglich mit der aktiven Mithilfe der sozialistischen deutschen Sozialdemokratie, deren Minister in der Koalitionsregierung zur Durchführung des Young-Plans alles tun werden, um das Leid aus den Knochen des deutschen Proletariats herauszupressen. Der Magdeburger Parteitag hat diese Linie der verschärften Ausbeutung, des Abbaus der Sozialpolitik und der Anebierung der Massen und der imperialistischen Kriegsrüstungen als Richtschnur für die Politik der Sozialdemokratie in der Regierung, darüber hinaus aber auch unsere Einschätzung der Maiwahlen 1928 und des Stimmeregebnisses der SPD bestätigt. Die Beschlüsse des Magdeburger Parteitags haben die Einschätzung der Maiwahlen durch die Verföhner vollkommen widerlegt.

Dieser bürgerlich-sozialfascistischen Auffassung des Reparationsproblems stellt die revolutionäre Arbeiterschaft unter der Führung der KPD die revolutionäre Lösung gegenüber, die keine andere sein kann als die, die die Bourgeoisie fordern, als sie nach Erobierung der Macht die zaristischen Kriegs- und Vorkriegsschulden und nach der Festigung der Diktatur auch den Preß-Italiener Friedensvertrag liquidieren. So wie

Kopenhagen, wo 15 000 Arbeiter den Besuch der Kommunistischen Partei folgten, mehr als Häufigkeit so viel, als die Partei bei dem letzten Wahlgang Stimmen erhalten hatte.

Über die Berliner Maistäbe haben nicht nur die revolutionäre Energie des Weltproletariats bewiesen, sie zeigte auch in der Beispiele, wie die Bourgeoisie der vereinigten Bourgeoisie und Sozialdemokratie vor und nach dem 1. Mai gegen die Komintern und die Sowjetunion gleich die internationale Solidarität der Weltbourgeoisie gegen den Kommunismus. So deutet die Stellungnahme der führenden französischen Presse, die von einem „von Moskau inszenierten Auftauch in Berlin“ sprach, nur ein Beispiel, wie die Bourgeoisie auf den Berliner Blutbad reagierte.

Die Zuspitzung der gesamten Weltlage, die Radikalisierung der Massen, der beschleunigte Prozeß der Verlösung der Arbeiter von der bürgerlichen Sozialdemokratie, das alles zeigt, daß die Massen den Übergang zur kommunistischen Partei suchen. Diese Entwicklung hat zugleich zu einer Stärkung und Russifizierung unserer kommunistischen Parteien geführt. Die Ausschaltung der liberalen Elemente aus unseren Reihen, die Überwindung der verschwisterlichen Abweichungen und ihrer Träger, die die Rolle der Rechten in den verschiedenen Sektionen übernommen haben, das tiefste Verständnis bei der Durchführung des unverhohlenen Kampfes gegen den Reformismus unter Anwendung der revolutionären Einheitsfrontskampf von unten, die organisatorische Festigung der Reihen unserer Partei bei gleichzeitiger Säuberung von Kleinbürgerlichen Elementen und die Verlegung des Schwergewichts der Arbeit auf die Betriebe sind die wichtigsten Merkmale dieser Russifizierung der Komintern.

Gen. Thälmann schildert eingehend die Widerstreite und frischen Momente des deutschen Kapitalismus.

So wird das Siegreiche deutsche Proletariat unter der Führung der KPD die Linie des Young-Plans und des Versailler Vertrages erreichen!

Will das deutsche Proletariat nicht zwei Generationen lang unter dem doppelten Joch des eigenen und des fremden Imperialismus schwanken, dann muß es diesen einzigen revolutionären Weg gehen. (Sehr richtig! Bravo!)

Die neue Kapitaloffensive

Die Offensive des deutschen Kapitals gegen das Proletariat zeigt einen großen Unterschied gegenüber der Entwicklung nach der Oktoberrevolution 1918 und sogar gegenüber der ersten Rationalisierungsperiode von 1925/27. Während der Untergangszugriff 1923 auf eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden hinzielte, und während 1925 zu Beginn der Rationalisierung die Intensivierung des Arbeitsprozesses in den Vordergrund gestellt wurde, verbindet das Unternehmen heute beide Methoden: allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit und weitere Senkung des Reallohns bei höchst Anspannung der Arbeitskraft des einzelnen und die Kennzeichen der neuen Kapitaloffensive.

Auf den letzten Tagungen der Industrie wurden diese Gesichtspunkte überall in den Vordergrund gestellt.

Reaktionäre Konzentration der Staatsgewalt

Gleichzeitig mit diesem Prozeß der Monoplisierung und der Konzentration des Finanzkapitals fehlt mir die Entwicklung einer neuen zentralen Zusammenfassung der Staatsgewalt, die den politischen Überbau für die ökonomische Konzentrierung der Macht des Kapitalismus abgibt. Diese Zentralisation des Staatsgewalt zieht sich mit der aktiven Hilfe der sozialdemokratischen und der Bürokratie der reformistischen Gewerkschaften.

Die Verschärfung der politischen Realisation ist vom Standpunkt der Bourgeoisie aus die notwendige Ergänzungsmöglichkeit zur Durchführung des Programms der wirtschaftlichen Unterdrückung.

Die Regierung Müller-Stresemann, die nicht nur die Politik des Bürgerkriegs fortsetzt, sondern diese Politik auf den verschärftesten Bereich des politischen Lebens noch übertrumpft, hat unsere Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie in der Regierung, darüber hinaus aber auch unsere Einschätzung der Maiwahlen 1928 und des Stimmeregebnisses der SPD bestätigt. Die Beschlüsse des Magdeburger Parteitags haben die Einschätzung der Maiwahlen durch die Verföhner vollkommen widerlegt. Nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die sozialistische Entwicklung und im Zusammenhang mit ihr die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfascismus, die neuen Methoden dieser sozialdemokratischen Politik im nationalen Maßstabe, stellen die Hauptgefahr dar. Wir berichten über den Fortgang des Referats in der folgenden Nummer.

Ein „kaiserlicher“ Befehl

Soermus wieder ausgewiesen!

In diesen Tagen erschien Geiger Soermus auf der Redaktion und gab uns Kenntnis von seiner neuerdings erfolgten Ausweisung aus dem Gebiet des Freistaates Sachsen, die folgenden Bericht hat:

Dem russischen Staatsangehörigen Julius Eduard Soermus, zur Zeit in Dresden aufzutreten, wird mit Rücksicht darauf, daß er mehrfach hier abgegebenen Zuhörungen zu wider seine in Chemnitz und Dresden veranstalteten Konzerte zur politischen Propaganda benutzt hat, der ferne Außenstall im Freistaat Sachsen, auf dem er als Reichsausländer keinen Aufmarsch hat, unter Hinweis auf die im § 361, 2 des Reichsstrafgesetzbuches enthaltene Strafbestimmung hiermit unterstellt. Soermus hat zur Vermeidung von Zwangsmahnahmen, insbesondere einer Haftstrafe von 7 Tagen für den Fall der nicht fristgemäßen Abreise, die hiermit ausdrücklich angedroht wird, Dresden und Sachsen spätestens bis zum 22. Juni d. J. zu verlassen. Der Einling des Kulturs gegen diese Verfügung sowie sonstigen Gefahren wird ausschließende Wirkung verlängert.

Polizeipräsidium — Ausländeramt.

Dr. Kaiser

Diese neuzeitliche Ausweisung Soermus' kommt nicht von ungefähr. Schon im Mai wurde ihm die Außenstallgenehmigung verweigert, wogegen er unter besonderer Beziehung auf Erfrischung seiner Frau Einspruch erhob. Dieser Einspruch konnte die Ausweisung verzögern, jedoch nicht aufheben. Sie tritt nun in Kraft, wenn Soermus nicht, was er freilich zu tun entschlossen ist, es auf einen Gewaltakt ankommen läßt. Einen Gewaltakt, der gegen ihn ausgeübt werden wird, indem man ihn, den Arbeiterkindfreund und Künstler, einsperrt. Soermus ist mit seiner philantropischen Einstellung gewiß nicht der lächerliche Feind der Bourgeoisie. Es ist aber durchaus bezeichnend für die Freiheit und Türe dieser Gesellschaft, daß sie gerade gegen ihn so rigoros vorgeht. Denn natürlich war die „politische Propaganda“ Soermus' weiter nichts als Erläuterungen zu seinen Programmen und freundliche Worte an die Adresse der Arbeiterkinder, für die Soermus spielt. Durch besonders regen Besuch der Soermus-abende muß die Arbeiterschaft gegen diesen neuen Terrorist der Künste und seines kaiserlichen Handlungs protestieren!

Dresdner Tagesschau

Zusammenstoß. Dienstag morgen kam es auf der Leipziger Straße vor der Waldviertel zwischen einem Motorradfahrer und einem Radfahrer zum Zusammenstoß. Der Radfahrer wurde schwer verletzt und mußte nach dem Friedenshöder Krankenhaus überführt werden.

Motorradunfall. Am Sonntag, dem 2. Juni, gegen 20 Uhr, kam es auf der Kreuzung Borsberg-Molenstraße zwischen zwei Motorrädern zum Zusammenstoß. Von den Beteiligten wurde eine auf dem Sosiusfahrt fahrende Frau leicht verletzt, während die übrigen drei Personen mit leichten Verlebungen davon kamen.

Hühnerdiebe. In der Nacht zum Sonnabend wurden aus einer Schrebergartensiedlung in Dresden-Trachau ein schwarzer Hahn, vier schwarze Hennen und eine weiße gestohlen. Der Dieb hatte den Hühnerstall aufgerissen und die Tiere an Ort und Stelle abgeschlachtet. Weiter wurden in Dresden-Löbtau drei merkwürdig rehähnliche Kasschühner (Welsumer) mit Anzügen Nr. 556–58 gestohlen. Auch hier hatten die Diebe den Hühnerstall aufgerissen und die Tiere abgeschlachtet. Offenbar sind die Diebe über den Zaun des angrenzenden Friedhofes in das Grundstück gelangt.

Zigarettendiebstahl. Aus einem Zigarrengeschäft auf der Leipziger Straße wurden in der Nacht zum Sonntag 8000 Stück Zigaretten verschiedener Marken gestohlen. Die unbekannten Diebe waren mittels Nachschlüssels in die Räume eingedrungen.

Auf dem Wege vom Postbüro gestohlen. Ein Kaufmann als Alosche zeigte an, daß ihm auf dem Wege vom Postbüro bis zum Albertplatz, vermutlich in der Straßenbahn, ein Bündel mit 1500 RM in Zwanzigmärchenen gestohlen worden sei. Der Täter ist unbekannt.

Wehwaren vom Kollwagen gestohlen. Am Mittwochmorgen wurde in der Neustadt von einem Kollwagen ein Palet Wehwaren (Stangenleinen und Trottierhundtücher) gestohlen. Das zum Verpacken verwandte hellbraune Papier trug als Abdruck die Firma C. F. Richter, Mech. Weberei, Neukirch (Lauitz).

Biena. In Nr. 111 unseres Blattes befindet sich ein Artikel: „Ein Beispiel, wie überzeugte Sozialdemokrat sozial denken, führen und handeln“. Da diesem Artikel wird u. a. gegen Herrn Leymann die Anklage erhoben, er vermiete ein Zimmer zum Preise von 30 Mark. Der Mieter dieses Zimmers schreibt uns jetzt, daß das heit. Zimmer nur 18 Mark koste.

Deutschlerberichtigung. In dem gestern erschienenen Artikel über die Hygieneausstellung 1930 muß es im Schlussknoten kommunale kommunistische Gesellschaftsordnung heißen.

Das Neueste:

15-Minutenverkehr bei der Straßenbahn

Aus den Kreisen der Straßenbahnen wird uns geschildert; Die Direktion der Straßenbahnen beabsichtigt Ende Juni einen Sommerfahrplan herauszugeben. Die Dresdner Bevölkerung erwartet sicher eine kürzere Wagenfolge auf den einzelnen Linien, um einmal an den Haltestellen nicht so lange warten zu müssen, und zum andern dadurch, besonders in den Morgen- und Abendstunden, anständiger als bisher (überfüllte Wagen!) befördert zu werden.

Nach den Vorschlägen der Direktion soll aber der Betrieb auf der Straßenbahn nicht besser, sondern schlechter werden.

Die Linien 9, 13, 2, 20, 5, 14, 10, 15, 6, 11, 17 und der Lößnitzbahn sollen ab 20 Uhr bis um 24 Uhr statt des 10-Minutenverkehrs den 15-Minutenverkehr erhalten. Die Autobuslinie F soll an Sonntagen überhaupt nicht mehr fahren. Begründet wurde die Einstellung der Linie F mit der 20-Minuten-Wagenfolge, modifiziert durch die schlechte Belegung der Wagen entstehen. Bei den Straßenbahnlinien aber sollte ab 20 Uhr statt des 10-Minutenverkehrs der 15-Minutenverkehr eingesetzt, um den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen. Wo hier die Logik liegt, wird kein Mensch verstehen. Wenn bei der Autobuslinie F Schulz an der schlechten Belegung die 20-Minuten-Wagenfolge ist, nun, so müßte man doch seitens der Straßenbahndirektion erwarten, die Wagenfolge auf der Straßenbahn nicht noch weiter ausseineranderzuziehen, sondern eine entsprechende Verkehrsrichtigkeit zu schaffen, um sich Einschätzungen zu verschaffen.

Innerhalb fünf Tagen änderte die Straßenbahndirektion ihre Aussöhnung zum Sommerfahrplan, alle Vorschläge der 15-Minuten-Wagenfolge wurden bis auf die Linien 2, 20, 5 und 14 zurückgezogen.

Auf den Linien 2, 20, 5 und 14 wird ab 21 Uhr der 15-Minutenverkehr eingeführt werden, die Autobuslinie wird an Sonntagen nicht mehr fahren. SPD-Stadtverordnete u. Ratsmitglieder und das SPD-Betriebsratsmitglied Eisold stimmten mit den Bürgerlichen den Sanierungsvorschlägen der Direktion zu. Den Verschlechterungen der Wagenfolge gerade auf den Linien zuzustimmen, die

Die Bedeutung der Elternratswahlen für die Neustädter Schulbezirke

Die SPD versucht die weltlichen Elternräte — Dafür Ablehnung aller Mittel für Verbesserungen

P. Sch. Die diesjährigen Elternratswahlen haben für die Neustädter Eltern und Erzieher eine viel größere Bedeutung als in den früheren Jahren. Standen bis dato nur zwei Richtungen (weltliche und kirchliche) gegenüber, so soll darin nach dem Willen der SPD eine Änderung eintreten. Obwohl unsere Hauptaufgabe sein muß, den Kampf gegen die Christen zu führen, sehen die Sozialdemokraten bei den Elternratswahlen ihr höchstes Ziel in der Bekämpfung der kommunistischen Elternräte.

Jur Durchführung der Elternratswahlen besteht in Dresden ein Zentral-Wahlausschuß, dem bisher die SPD, KPD, Zentrale für die freie Schule, Friedenster, Dresdner Lehrerverein und die freien Gewerkschaften angehören. Alle Jahre ist bisher von diesen Zentral-Wahlausschüssen die Durchführung der Elternratswahl geleitet worden, doch mit einem Male soll es anders werden.

Am 19. März d. J. beschloß der Unterbezirksvorstand der SPD in einer erweiterten Unterbezirksschulversammlung gegen eine Stimme, nicht mehr mit der KPD im Zentral-Wahlausschuß zusammenzuarbeiten.

Dieser Beschluss ist allen SPD-Funktionären mitgeteilt worden. In einem Schreiben des Parteisekretärs Rüdiger vom 2. d. 29 heißt es: „Dieser Beschluss ist unser Ortsgruppenfunktionären durch Protokoll bekannt, und diese sind verpflichtet, bei der Auswahl der Kandidaten für die Elternratswahlen danach zu handeln.“

Obwohl der Dresdner Lehrerverein und die Zeitschrift für die freie Schule gegen diesen Beschluss sind, weil sie darin eine schwere Schädigung der freien Schulgemeinschaft sehen, wird er durchgeführt.

Nachdem die SPD dazu übergegangen ist, die Gewerkschaften, die Arbeiterparteibewegung und die Friedenster zu halten, will sie nun daselbst bei den freien Schulgemeinschaften durchführen. Überall wenden sich Eltern und Erzieher gegen diese Maß-

„Der Atheismus (Leugnung des Gottes) ist genau so vieldeutig und genau so unwissenschaftlich wie der Gottesgläubige.“

Diese Verächtlichmachung des dialektischen Materialismus, die Verächtlichmachung der Kirche muß sich jeder Friedenster und Gewerkschaftsarbeit merken.

Auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress in Frankfurt a. M.

hielten der Vorsitzende des Deutschen Lehrerarbeitsverbandes, der Sozialdemokrat Tarnow, und der religiöse Sozialist und ebenso Mitglied der SPD, Pfarrer Breite, Köln, Referate über die Frage, wie die evangelische Kirche die Arbeiter in ihren Reihen behalten könne!

In allen Parlamenten werden die Mittel für die Kirche von den Sozialdemokraten bewilligt.

Um die Politik weiter durchführen zu können, muß man die Kommunisten die Gegner dieser bürgerlichen Politik sind, aus den Elternräten entfernen. In Dresden sind es doch gerade die kommunistischen Elternräte und die kommunistischen Stadtverordnetenfraktion gewesen, die sich für die Neustädter Schulen eingesetzt haben.

So wurden am 21. Juni 1928 durch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion zwei Anträge gestellt und vom Stadtvorordneten Schwarze (Elternrat der 5. Volksschule) begründet:

„Der Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

1. in der 7. und 14. Volksschule an den Schanzen- und Oppell-

straße eine für beide Schulen gemeinsame Heizungsanlage, einfache Lüftungs- und Warnwetterbereitungsanlage, einzubauen;

2. für beide Schulen ein Schulbad zu errichten;

3. die jetzt noch vorhandenen und unidicht gewordenen Gas-

beleuchtungsanlagen, weil gefundensicherlich, durch elektrische Beleuchtungsanlagen zu ersetzen;

4. beide Schulen, soweit es noch nicht geschehen ist, vorzurichten;

5. den Stadtverordneten baldigst eine entsprechende Vorlage zu geben.“

Dieser Antrag geht jetzt seiner Verwirklichung entgegen.

Der zweite Antrag lautete:

„Der Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

1. für die 7., 14. und 20. Volksschule einen geeigneten Spiel- und Sportplatz an Stelle des der Bebauung eröffneten Sportplatzes des Fußbalklubs Ring, Dresden-N., an der Friedensstraße zu errichten;

2. den Stadtverordneten mitzuteilen, ob der Alouning bei geplanter Herstellung als öffentliche Sportplatz- und Spiel-

platzanlage dafür in Frage kommt.“

Ebenfalls ist des öfteren die Verlegung der Zinkhmelze Morgenstern aus der Nähe der 30. Volksschule verlangt worden. So am 1. Februar 1928.

Für die 5. und 15. Volksschule ist schon lange, bevor die ersten Anträge kamen, eine

Dienststift des Elternrates der 5. Volksschule von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion beim Schulamt unterstützt worden, die einen Schulneubau verlangt. Am 22. November 1927 ist diese Dienststift beim Schulamt eingereicht worden.

Auch diese Forderung wird jetzt auf energisches Betreiben der KPD durchgeführt werden.

Bei der Politik, die von den Sozialdemokraten im Stadtvorordnetenkollegium getrieben wird, sind solche Anträge für sie natürlich nicht durchführbar, weil sie dabei mit der Finanzpolitik des sozialdemokratischen 2. Bürgermeisters Böhmer in Widerstreit kommen.

Schon im Jahre 1928 wurden im Haushaltspol von 150 000 Mark für Kinderpelecken 50 000 Mark gestrichen. Die Kommunisten haben erreicht, daß die Summe wieder eingelegt wurde. Zusätzlich wurden im Jahre 1928 bei den Volkss- und Berufsschulen 1 207 245 RM gestrichen.

In diesem Jahre sind alle eingesetzten Summen für Befreiungsarbeiten gestrichen worden. Es wird nicht ein Renten-Scheck gemacht. Bisher waren jedes Jahr 100 000 RM für den Bau von Schulgebäuden vorgesehen. In diesem Jahre ist diese Summe auf Anweisung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Böhmer gestrichen.

Für die Hygieneausstellung 1930 forderte der Rat 120 000 Mark. Für praktische Hygiene in den Volksschulen ist kein Geld vorhanden. Allein bei den Bedürfnissen der Volksschulen sind 1929 1 070 354 RM gestrichen.

Aber für Panzerstreuer, Kirchen usw. hat die Sozialdemokratie immer Geld übrig.

Um diese schändliche Politik besser durchführen zu können, sollen die kommunistischen Elternräte ausgeschalten werden.

An der Arbeiterschaft liegt es, dieses Verbrechen zu beenden.

An allen Schulen, wo der Versuch der Ausschaltung gemacht ist, wird die klassenbewußte Arbeiterschaft die Liste „Proletarischer Schulkampf“ wählen.

Ihre Vertreter sind langjährige klassenbewußte Elternräte, die bewiesen haben, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Sie treten ein:

Für Unentgeltlichkeit der Vermittel!

Für unentgeltliche Schulpelecken!

Für Schaffung gesunder moderner Schulen!

Für die Weltlichkeit des gesamten Schulunterrichts!

Gegen die Wiederaufnahme der Prügelstrafe!

Gegen den Religionsunterricht in irgendeiner Form!

Gegen Vernichtung des baulichen und hygienischen Zustandes der Volksschulen!

Gegen jede Sparmaßnahme auf Kosten der Arbeiterschaft!

Daher muß jedes Elternpaar, jeder Erzieher, der es ernst mit der Volksschule meint, den Spalten und Vertretern die vereidigte Antwort erteilen und nur die Liste

„Proletarischer Schulkampf“ wählen!

AM KOPFHÖRER

„Rundfunkfecht!“ Von W. Jägers Vortrag über „Die Rundfunk und wir“ wäre zu sagen, daß er gut durchdacht und erfreulich war, nur fragt man sich, was er eigentlich beachtet. Die Frage blieb durch den Vortrag unbeantwortet.

So zu lesen in der Volkszeitung vom 10. Juni 1929. Rundfunk „fecht!“

Mittwoch den 12. Juni

16.30: Konzert. 18.05: Arbeitsmarktbüro des Landesarbeitsamtes Sachsen. 18.20: Wettervorhersage und Zeitungslage. 18.30–18.55: Spanisch für Anfänger. 18.55: Arbeitsnachweis.

19. Das Zeitalter des Barock und wir. 19.30: Malerei, Dichtung und Theater. 19.30: Benvenuto Cellini. (Oper in drei Akten.) Anschließend, etwa 22.15: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportkund. Darauf: Tanz und Unterhaltungsmusik.

Donnerstag den 13. Juni

Tageskalender der Dresdner Theater. Opernhaus: Der läufige Holländer (19.30). Schauspielhaus: Linden Sie, daß Constance sich richtig verhält? (19.30). Operette: Der Frauenarzt (19.45). Residenztheater: Fühlungsmaß (20). Centraltheater: Bauberneue Liebe (20).

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden

B

Dresden-Alstadt

Faueneck
Schössergasse 9
5% Sparmarken - Rabatt 5%

Die beste Einkaufsquelle für Sie
ist das
Wasche- und Baumwollhaus

Musikinstrumente
Zubehör und Reparaturen
A. Lorenz
Lettichaustraße 6 / Fernspr. 10129

Leiner's Schuhmacherei

Böteritzer Straße 11, am Luftbad,
Neumarkt 3, an der Frauenkirche

Korbwaren - Fabrik
Stuhrohr-Handlung
Carl Berndt
Kanalstraße 7 und 8 — Tel. 11593



Café und Rest. Alfred Böhme
Flemmingstr. 28 / Angen Aufenthal

Richard Nicolai
kleine Kirchgasse 1
Wander- und Klettersportartikel

Kolonialwaren u Feinkost
Landesprodukte
Max Rentzsch, s. d. Frauenkirche 6-7



Jillmer's
Schuh-Reparatur-Anstalt
Struvestraße 19

Radio-Zentrale
O. Grohmann
Reitbahnstraße 3

Moritz Richter
Herren- u. Damenfriseur
Josephinenstraße 5



Holz- u. Kohlenhandl. C. Jungmichel
Dresden-A. 1, Stiftstraße 2, Ecke
Freiberger Platz / Fernspr. 16369

Drogen-Spezialhaus
Kräutergewölbe Farben
Spaltcholz & Bleu
Briesnitzer Str. 20 / Telefon 13133 / Geig. 1895

Köstliche Schokoladen
u. Süßwaren wirklich billig

SCHO-KA-TEE

Über 60 Filialen in
Dresden / Wildau / Kamenz
Freiberg / Pirna / Radeburg
Dippoldiswalde / Wilsdruff / Radebeul

Schilling & Körner
Große Brüdergasse 16
Liköre, Weinbrand, Rum, Korn
840

Tabak-lligen
Humboldtstraße 2
Ecke Annenstraße
1670

Musikhaus Otto Friebel
Ziegelstraße, Eckhaus Steinstraße
• Großes Geschäft der Branche
Gegründet 1902

**Werkzeuge
Eisenwaren
Holzwaren
Gartengeräte**
E. Harnapp
Kreuzstraße 1

Tischler- und Polster-Möbel
Jetzt bricht sich Bahn, nur das, was bei
heinem Einkauf mußt Du daran denken,
vor Billigkeit sei auf der Hut,
es kann Dir niemand etwas schicken

Hesse

Dresden-A., Rosenstraße 45
Teilzahlung / Eig. Werkstätten

Färben / Reinigen
G. & B. Berthold
Dampffärberei
Weinligstr. 8 / Gabelsbergerstr. 16

Uhren, Gold- und Silberwaren
Gustav Smy
Moritzstraße 10 / Telefon 20326

Solid, preiswert, real kaufen Sie bei uns u. Sprechapparate, Schallplatten, Musikbestände, Reparaturen u. Salzen. Musikhaus Willy Barthel, Dresden-A., Am See 12, Tel. 27202 71

Gasthaus Flemminghof
Inhaber: Oskar Götschelt
Flemmingstraße 15 / Telefon 29707

Alle Sorten Brennmaterial
Julius Wahner, Annenstr. 56
74

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kurt Lindner, Maternierstr. 12
Vita - 8 - von dem Arbeitsamt

Gasthaus Stadt Plauen
Inhaber: Willi Baumgärtel / Telefon 2450.
Kleine Plauensche Gasse 13 / Verlassimmer

Johannes-Drogerie, Photo-Gütig
Döllniger / Blochmannstraße 20
166

Kolonialwaren u. Sandesprodukte
Martha Kühlne, Am See 25
1553

Großteilhandlung C. Schleicher, Weißbühlweg, Reichenbach, Weiß, Rothen, Silberstein, naturreine Zwiebeln, Zwiebel, Sognat, Elfe, Röhrzuckerlinse, Dörr-Zwiebeln, Aussengemüse vom Jahr

Spielhagen, Straße 9, Gaußstraße 1555

Ronditorei und Feinbäckerei
Alfred Beger

Große Brüdergasse 13 / Ruf. H. 27933
1666

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Erich Menzel, Zinnstraße 42
1650

Brot, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Schmidt, Wallstraße 25
1678

Schuhwaren und Reparaturen
G. August, Zinnstraße 47
1660

Unter's
Moh. u. Schuh-Reparatur
Neumarkt 14
1352

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Richter
Josephinenstraße 9
1354

Striesener Musikhaus
Borsbergstraße 260 / Über 30 Jahre bestehend / Fernspr. 31131 / Fabrik von Musikapparaten / Vertrieb von Schallplatten / Bequeme Zahlweise

Honigkuchenfabrik Oskar Schleicher
Öknergasse 8 Ecke Rosenstraße empfiehlt seine Spezialität: Radkuchen an alle Arbeiter-Organisationen

Fleischerei Franz Görner, Holbeinplatz 7

Fleisch- und Wurstwaren in bester Qualität, Tel. 18669 u. 13776

Wirtschaftsversorgung u. Wohlfahrtsunternehmen in Sachsen
G. m. b. H., Großenhainer Straße 12b

Verkauf an jedermann, ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung!

7 Prozent Rabatt auf alle Waren

Prüfen Sie unsere Preise und Qualitäten!

Wir unterhalten folgende Fleischereien: Großenhainer Straße 12, Gehestraße 88, Rietzschestr. 10, Robert-Koch-Straße 14, Prankenbergsstraße 85, Deubener Straße 24, Treitschkestraße 8 und folgende Kolonialwarengeschäfte: Großenhainer Straße 2, Gehestraße 27, Cottbussestraße 25, Großenhainer Straße 188, Burgstraße 28, Deubener Straße 21, Prankenbergsstraße 86, Poststraße 32, Schäferstraße 77, Leibnizstr. 11, Rietzschestr. 10, Zeunerstraße 89, Würzburger Straße 66, Wiene Platz 8 (Bl. Ostbau), Grillparzerstraße 8

1671

Flaschenbiere * Verein der Bierhändler Dresden und Umgegend * **Flaschenbiere**

Wir empfehlen